

## Amt der Wiener Landesregierung

5/SN-251/ME

MD-2262-1 und 2/89

Wien, 19. Oktober 1989

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Beamten-Kranken-  
und Unfallversicherungsgesetz  
geändert wird (19. Novelle zum  
Beamten-Kranken- und Unfall-  
versicherungsgesetz - B-KUVG);  
Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Z.	75 - GE 9 SP
Datum:	23. OKT. 1989
Verteilt:	24. OKT. 1989

*Hub*  
*L. Hoyer*

An das  
Präsidium des Nationalrates

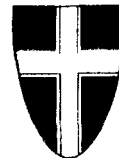
Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der  
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem  
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

*Peischl*  
Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor



**AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **42 800-4229**

MD-2262-1 und 2/89

Wien, 19. Oktober 1989

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Beamten-Kranken-  
und Unfallversicherungsgesetz  
geändert wird (19. Novelle zum  
Beamten-Kranken- und Unfall-  
versicherungsgesetz - B-KUVG);  
Stellungnahme

zu Zl. 21.139/5-1/1989

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Auf das Schreiben vom 27. September 1989 beehrt sich das Amt  
der Wiener Landesregierung, zu dem im Betreff genannten Ge-  
setzentwurf folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Zu Art. I Z 1 (§ 22 Abs. 3 B-KUVG):

Das Amt der Wiener Landesregierung spricht sich gegen die  
Anhebung des Zuschlages zur erweiterten Heilfürsorge von  
0,4 auf 0,5 vH der Beitragsgrundlage bzw. der Sonderzah-  
lungen aus. Die Begründung, daß seit 1982 die Einnahmen um  
45 vH und die Ausgaben um 113,7 vH trotz restriktiver Maß-  
nahmen im Bereich der erweiterten Heilbehandlung gestiegen  
sind, ist nicht überzeugend. Dies kann auch dahingehend  
gedeutet werden, daß die erwähnten Maßnahmen offensichtlich  
nicht restriktiv genug gehandhabt wurden.

- 2 -

Im übrigen stellt sich die Frage, warum im Bereich des B-KUVG der Dienstgeber den Zuschlag für Auslagen der erweiterten Heilbehandlung allein zu entrichten hat bzw. ob nicht erhöhte Eigenleistungen für jene, die Maßnahmen der erweiterten Heilfürsorge in Anspruch nehmen, vorgesehen werden sollten.

Zu Art. I Z 5 (§ 68 Abs. 1 Z 3 B-KUVG):

Die Aufnahme von "Beiträgen der Krankenversicherungsträger zum Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds" in die Aufzählung des § 68 Abs. 1 Z 3 ist systematisch unrichtig. Es werden nämlich die Leistungen der Krankenanstalten nicht durch die Beiträge der Krankenversicherungsträger zum Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, sondern teilweise durch die Beiträge des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds an die Träger der Krankenanstalten abgegolten.

§ 68 B-KUVG regelt die Beziehungen der Versicherungsträger zu den öffentlichen Krankenanstalten. Da im Falle von Leistungen der Versicherungsträger an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds keine direkte Verbindung zwischen den Versicherungsträgern und den öffentlichen Krankenanstalten besteht, fehlt einer diesbezüglichen Regelung im § 68 Abs. 1 Z 3 B-KUVG jede Basis.

Im übrigen darf auf die Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung zur gleichgelagerten Regelung des § 148 des Entwurfes der 48. Novelle zum ASVG verwiesen werden.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor